

Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 2.-5. Mai 2022 Straßburg

Ukraine: Wirtschaftliche und soziale Folgen des Krieges für die EU

Debatte am Mittwochmorgen zur Bewältigung der sozialen und wirtschaftlichen Folgen des russischen Kriegs in der Ukraine für die EU und zur Stärkung deren Handlungsfähigkeit.

4

Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft Europas

Zum Abschluss der Konferenz über die Zukunft Europas werden die Abgeordneten am Dienstagnachmittag die Empfehlungen des Konferenzplenums und das Verfahren insgesamt bewerten.

5

Italiens Premierminister Mario Draghi spricht vor dem Plenum

Der italienische Ministerpräsident Mario Draghi wird am Dienstag ab 11:30 Uhr im Plenum des Europäischen Parlaments über die Lage der EU und seine Vision für die Zukunft der EU sprechen.

6

Europawahl: Für einen EU-weiten Wahlkreis und Urnengang am Europatag

Geplante Verabschiedung eines Vorschlags für einen neuen Europäischen Wahlakt, der gemeinsame Standards, einen unionsweiten Wahlkreis und ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis vorsieht.

7

Einheitliches Ladekabel: Elektroschrott verringern

Das Parlament will den Weg für die Verhandlungen über einheitliche Ladekabel freimachen, um Elektronikabfall zu verringern und das Aufladen von Handys und anderen Geräte zu erleichtern.

9

Künstliche Intelligenz: EU muss globale Standards setzen

Der Abschlussbericht des Sonderausschusses zu künstlicher Intelligenz warnt davor, dass die EU im weltweiten Wettlauf um die technologische Führungsposition ins Hintertreffen geraten ist.

10

Rechtsstaatlichkeit in Ungarn und Polen: Plenardebatte und Entschließung

Das Parlament befasst sich am Dienstag mit den jüngsten Ereignissen in Bezug auf Demokratie und Grundrechte in Ungarn und Polen und den Maßnahmen der EU zum Schutz der gemeinsamen Werte.

12

Digitales COVID-Zertifikat der EU: Entscheidung über einjährige Verlängerung

Die Abgeordneten wollen ihren Standpunkt zur Verlängerung der Gültigkeit des digitalen COVID-Zertifikats der EU über Juni 2022 hinaus festlegen.

14

Fragestunde mit der EU-Kommission

Debatte am Dienstag ab 15:00 Uhr mit der EU-Kommission zur Energieautonomie der EU und zur strategischen Bedeutung von erneuerbaren Energien, Energieverbundnetzen und Effizienz.

15

Parlament will Russland zur Rückgabe gestohlener Flugzeuge auffordern

Das Parlament will sich mit den Folgen des Kriegs in der Ukraine für den EU-Verkehrssektor befassen, Russland auffordern, gestohlene Flugzeuge zurückzugeben und weitere Sanktionen fordern.

16

Abstimmung über Position zu neuen Handelsschutzinstrumenten

Das Parlament will seine Verhandlungsposition zu neuen Maßnahmen zur Bekämpfung marktverzerrender ausländischer Subventionen für in der EU tätige Unternehmen festlegen.

17

Kreislaufwirtschaft: Parlament will schädliche Chemikalien im Abfall reduzieren

Debatte und Abstimmung über neue Regeln zur Verringerung der Menge an persistenten organischen Schadstoffen in der Recyclingkette, um eine giftfreie Kreislaufwirtschaft zu schaffen.

18

Weitere Tagesordnungspunkte

Weitere Themen auf der Tagesordnung

19

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/agenda/briefing/2022-05-02>

Plenar-Newsletter 2.-5. Mai 2022

Weitere Informationen

[Tagesordnung](#)
[Live-Übertragung der Plenartagung](#)
[Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen](#)
[EP-Multimedia-Center](#)
[EP Newshub](#)
[EP-Hintergrundinformationen zur aktuellen Plenarsitzung](#)

Kontakt

Armin WISDORFF

Pressereferent

☎ (+32) 2 28 40924 (BXL)
☎ (+33) 3 881 73780 (STR)
📱 (+32) 498 98 13 45
✉ armin.wisdorff@europarl.europa.eu

Andreas KLEINER

Press Officer / Editorial Coordinator

☎ (+32) 2 28 32266 (BXL)
☎ (+33) 3 881 72336 (STR)
📱 (+32) 498 98 33 22
✉ andreas.kleiner@europarl.europa.eu

Thilo KUNZEMANN

Press Officer in Germany

Pressereferent in Deutschland

☎ (+49) 30 2280 1030
📱 (+49) 171 388 4775
✉ thilo.kunzemann@europarl.europa.eu

Bernhard SCHINWALD

Press Officer in Austria

☎ (+43) 1 516 17211
📱 (+43) 660 373 7367
✉ bernhard.schinwald@europarl.europa.eu

Ukraine: Wirtschaftliche und soziale Folgen des Krieges für die EU

Debatte am Mittwochmorgen zur Bewältigung der sozialen und wirtschaftlichen Folgen des russischen Kriegs in der Ukraine für die EU und zur Stärkung deren Handlungsfähigkeit.

Die Abgeordneten werden in der Debatte mit Vertretern des Rates und der Kommission erwartungsgemäß betonen, dass der Krieg und die Sanktionen, die die EU gegen Russland nach dessen Angriff auf die Ukraine verhängt hat, unweigerlich negative Auswirkungen auf die Wirtschaft der EU haben werden. Sie werden die Kommission auffordern, Vorschläge zur Abmilderung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Sanktionen zu unterbreiten.

Auf der Plenarsitzung vom 18.-19. Mai werden die Abgeordneten eine entsprechende Resolution verabschieden.

Debatte: Mittwoch, 4. Mai

Verfahren: Erklärungen des Rates und der Kommission mit anschließender Debatte und Entschließung

Weitere Informationen

[EP-Hintergrundinformationen - „Economic repercussions of Russia’s war on Ukraine – Weekly Digest“ \(auf Englisch\)](#)

[Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien - Russische Aggression gegen die Ukraine](#)

Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft Europas

Zum Abschluss der Konferenz über die Zukunft Europas werden die Abgeordneten am Dienstagnachmittag die Empfehlungen des Konferenzplenums und das Verfahren insgesamt bewerten.

Im Hinblick auf die geplante Verabschiedung der Vorschläge der Konferenz auf deren letzten [Plenarsitzung \(29.-30. April\)](#) werden die Abgeordneten voraussichtlich fordern, [das in Artikel 48 des Vertrags über die Europäische Union](#) vorgesehene Verfahren zur Änderung der EU-Verträge auf den Weg zu bringen, um die EU mit den Kompetenzen auszustatten, in den vorgeschlagenen neuen Politikbereichen tätig zu werden.

Der Exekutivausschuss der Konferenz wird den Präsidenten der EU-Institutionen am 9. Mai in Straßburg seinen Abschlussbericht vorlegen. Die Vorschläge des Plenums stützen sich auf die Empfehlungen der [Europäischen Bürgerforen](#), der [nationalen Foren](#) und der Bürgerinnen und Bürger, die ihre Ideen über die [mehrsprachige digitale Plattform](#) eingebracht haben, sowie auf den Austausch im Plenum und in den Arbeitsgruppen der Konferenz.

Debatte: Dienstag, 3. Mai

Weitere Informationen

[EP-Hintergrundinformationen - Auf einen Blick: Die Konferenz zur Zukunft Europas \(20.01.2022\)](#)

[Ablauf der Konferenz über die Zukunft Europas](#)

[Zeitleiste der Konferenz über die Zukunft Europas](#)

[Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien aus dem Multimedia-Center des Parlaments](#)

Italiens Premierminister Mario Draghi spricht vor dem Plenum

Der italienische Ministerpräsident Mario Draghi wird am Dienstag ab 11:30 Uhr im Plenum des Europäischen Parlaments über die Lage der EU und seine Vision für die Zukunft der EU sprechen.

Dies ist die zweite Aussprache einer Reihe von Debatten über die EU mit dem Titel "Das ist Europa". Die erste fand auf der Plenartagung im März mit Kaja Kallas, der Ministerpräsidentin Estlands, statt.

Im Anschluss an die Rede von Mario Draghi folgen die Bemerkungen der Fraktionsvorsitzende.

Mario Draghi wurde im Februar 2021 italienischer Ministerpräsident. Von 2011 bis 2019 war er Präsident der Europäischen Zentralbank.

Debatte: Dienstag um 11:30 Uhr

Europawahl: Für einen EU-weiten Wahlkreis und Urnengang am Europatag

Geplante Verabschiedung eines Vorschlags für einen neuen Europäischen Wahlakt, der gemeinsame Standards, einen unionsweiten Wahlkreis und ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis vorsieht.

Der Entwurf schlägt ein System vor, in dem jeder Wähler zwei Stimmen haben soll: eine für die Wahl der Abgeordneten in den nationalen Wahlkreisen und eine für einen EU-weiten Wahlkreis mit 28 zusätzlichen Sitzen. Die Kandidatenlisten für diese Sitze müssten ein ausgewogenes Verhältnis der geografischen Herkunft berücksichtigen. Zudem sollte eine neue Europäische Wahlbehörde eingerichtet werden.

Die Abgeordneten streben außerdem an, die 27 getrennten Wahlen, die derzeit in den EU-Ländern stattfinden (mit ihren unterschiedlichen Systemen und Wahlrechten) und bei denen die Bürger die Mitglieder des Europäischen Parlaments wählen, in eine echte, einheitliche Europawahl mit gemeinsamen Mindeststandards umzuwandeln, darunter:

- Mai als gemeinsamer europäischer Wahltag;
- das passive Wahlrecht für alle Europäer, die mindestens 18 Jahre alt sind;
- eine verbindliche Sperrklausel von mindestens 3,5 % für große Wahlkreise mit 60 oder mehr Sitzen;
- gleicher Zugang zu den Wahlen für alle Bürgerinnen und Bürger, einschließlich derjenigen mit Behinderungen, und die Möglichkeit der Briefwahl;
- verpflichtende Gleichstellung der Geschlechter durch Listen nach dem Reißverschlussystem oder Geschlechterquoten; und
- das Recht der Bürgerinnen und Bürger, den Kommissionspräsidenten im Rahmen eines Spitzenkandidaten-Systems über die EU-weiten Listen zu wählen.

Aussprache: Montag, 2. Mai

Abstimmung: Dienstag, 3. Mai

Pressekonferenz mit dem Berichterstatter am Dienstag um 17:00 Uhr

Verfahren: Gesetzesinitiative

Weitere Informationen

[Entwurf eines Berichts über die allgemeine unmittelbare Wahlen der Abgeordneten des Europäischen Parlaments](#)

[Pressemitteilung nach der Abstimmung im Ausschuss für konstitutionelle Fragen \(auf Englisch\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen - "Proposing new rules for European elections"](#)

[Berichtersteller Domènec RUIZ DEVESA \(S&D, ES\)](#)

[Weitere Infos zu Inhalt und Verfahren \(auf Englisch\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[EP-Hintergrundinformationen - „Transnational electoral lists: Ways to Europeanise elections to the European Parliament“ \(08.02.2021, auf Englisch\)](#)

[Kostenloses Foto-, Video- und Audiomaterial im Multimedia-Center des Parlaments](#)

Einheitliches Ladekabel: Elektroschrott verringern

Das Parlament will den Weg für die Verhandlungen über einheitliche Ladekabel freimachen, um Elektronikabfall zu verringern und das Aufladen von Handys und anderen Geräte zu erleichtern.

Die neuen Regeln würden dafür sorgen, dass Verbraucher nicht mehr bei jedem Kauf eines neuen elektronischen Geräts ein neues Ladegerät und Kabel benötigen, sondern ein einheitliches Ladekabel für alle kleinen und mittelgroßen Geräte verwenden können. Mobiltelefone, Tablets, Digitalkameras, Kopfhörer und Headsets, tragbare Videospielekonsolen und tragbare Lautsprecher, die über ein Kabel aufgeladen werden können, müssten mit einem USB-C-Anschluss ausgestattet sein, unabhängig vom Hersteller. Ausnahmen würden nur für Geräte gelten, die zu klein sind, um einen USB-C-Anschluss zu haben, wie Smartwatches, Gesundheits-Tracker und einige Sportgeräte.

Der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz hat am 20. April seinen [Standpunkt zur Überarbeitung der Funkanlagenrichtlinie](#) angenommen. Die Verhandlungen mit den EU-Regierungen über die endgültige Form der Rechtsvorschriften können beginnen, sobald der Standpunkt des Parlaments durch eine Ankündigung im Plenum bestätigt wird.

Verfahren: Ordentliches Gesetzgebungsverfahren

Weitere Informationen

[Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(20.04.2022\)](#)

[Berichtersteller Alex Agius Saliba \(S&D, MT\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[EP-Hintergrundinformationen: „Ein gemeinsames Ladegerät für elektronische Geräte“ \(auf Englisch\)](#)

[Überblick: EU kommt der Einführung eines einheitlichen Ladegeräts näher](#)

[Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

Künstliche Intelligenz: EU muss globale Standards setzen

Der Abschlussbericht des Sonderausschusses zu künstlicher Intelligenz warnt davor, dass die EU im weltweiten Wettlauf um die technologische Führungsposition ins Hintertreffen geraten ist.

In der öffentlichen Debatte über den Einsatz von künstlicher Intelligenz (KI) sollte deren enormes Potenzial im Mittelpunkt stehen, die Tätigkeiten der Menschen zu ergänzen, so die Abgeordneten. In dem Bericht, der am Dienstag zur Diskussion und zur Abstimmung steht, warnen sie davor, dass die EU das Risiko eingeht, die Entwicklung von Standards in Zukunft anderen zu überlassen, oft nicht-demokratischen Akteuren, und fordern, dass Europa weltweiter Normgeber im Bereich der KI sein muss.

Der Sonderausschuss zu künstlicher Intelligenz im digitalen Zeitalter (AIDA) hat politische Optionen ermittelt, die das Potenzial der KI im Hinblick auf Gesundheit, Umwelt und Klimawandel freisetzen könnten. Sie könnte auch dazu beitragen, Pandemien und den Welthunger zu bekämpfen, die Lebensqualität der Menschen durch personalisierte Medizin zu verbessern und nachhaltiges Wachstum und Arbeitsplätze zu schaffen.

Eine Pressekonferenz mit dem Berichterstatter Axel Voss (EVP, DE) und dem Vorsitzenden des AIDA-Ausschusses Dragoș Tudorache (Renew, RO) findet um 16.30 Uhr im Daphne-Caruana-Galizia-Pressesaal des Parlaments in Straßburg statt.

Hintergrund

Der [AIDA-Ausschuss](#) nahm seine Arbeit im September 2020 auf. Im Rahmen seines [Mandats](#) wurde der Ausschuss damit beauftragt, die Auswirkungen von KI auf die Wirtschaft in der EU und ihre verschiedenen Branchen zu untersuchen und zu analysieren, wie Nicht-EU-Länder mit KI umgehen, sowie Optionen für die Zukunft aufzuzeigen. Der Ausschuss führte eine Reihe von [Anhörungen und Debatten](#) durch, deren Ergebnisse in den Abschlussbericht einfließen, der einen Fahrplan für KI bis 2030 darstellen soll.

Debatte: Dienstag, 3. Mai 2022

Abstimmung: Dienstag, 3. Mai 2022

Verfahren: Nichtlegislative EntschlieÙung

Pressekonferenz Dienstag, 3. Mai, 16.30 Uhr

Weitere Informationen

[Entwurf eines Berichts über künstliche Intelligenz im digitalen Zeitalter](#)

[Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(22.03.2022, auf Englisch\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen: "Untersuchung des Potenzials künstlicher Intelligenz im digitalen Zeitalter"](#)

[EP-Hintergrundinformationen: „Aktuelle Studien zur Künstlichen Intelligenz“](#)

[Berichtersteller Axel Voss \(EVP, DE\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

Rechtsstaatlichkeit in Ungarn und Polen: Plenardebatte und EntschlieÙung

Das Parlament befasst sich am Dienstag mit den jüngsten Ereignissen in Bezug auf Demokratie und Grundrechte in Ungarn und Polen und den Maßnahmen der EU zum Schutz der gemeinsamen Werte.

Nach einer Debatte mit der Kommission am Dienstagnachmittag wird das Plenum über eine EntschlieÙung abstimmen, in der das laufende Verfahren der Anhörungen im Rat mit beiden Ländern gemäß [Artikel 7 des EU-Vertrags](#) bewertet wird.

Die Europäische Kommission hatte [im Dezember 2017 ein Verfahren nach Artikel 7 eingeleitet](#), um auf die Risiken für die Rechtsstaatlichkeit und die Werte der EU in Polen zu reagieren. Das Europäische Parlament [unterstützte diesen Schritt in einer EntschlieÙung im März 2018](#). Im September 2018 [leitete das Parlament das Verfahren nach Artikel 7 für Ungarn ein](#).

Trotz der sich [in den letzten Jahren verschlechternden Lage in beiden Ländern](#) haben es die Mitgliedstaaten vermieden, darüber abzustimmen, ob eine „eindeutige Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung“ der gemeinsamen Werte der EU besteht, was der nächste Schritt in diesem Verfahren nach Artikel 7 wäre. Der Rat hat bei mehreren Gelegenheiten Anhörungen mit den Behörden beider Länder durchgeführt. Die französische Ratspräsidentschaft organisierte im Februar eine Anhörung mit der polnischen Regierung, und eine weitere mit den ungarischen Behörden wird im Juni stattfinden.

Es wird erwartet, dass sich die Abgeordneten auch zu der Entscheidung der Kommission vom 27. April äußern werden, den Mechanismus der Haushaltskonditionalität gegen Ungarn auszulösen.

Aussprache: Dienstag, 3. Mai

Abstimmung: Dienstag, 3. Mai

Verfahren: Erklärung der Kommission mit anschließender Debatte und EntschlieÙung

Weitere Informationen

[Plenardebatte über die laufenden Anhörungen nach Artikel 7 Absatz 1 EUV zu Polen und Ungarn \(6.04.2022\)](#)

[EP-Pressemitteilung: „EU values in Poland: MEPs wrap-up fact-finding visit to Warsaw“ \(23.02.2022\)](#)

[EP-Pressemitteilung: „Rule of law in Hungary: MEPs conclude three-day trip to assess the situation“ \(1.10.2021\)](#)

[Bedenken zur Rechtsstaatlichkeit in Mitgliedstaaten: Was die EU unternehmen kann \(Infografik\)](#)

[Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2021 - Länderkapitel zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in Polen](#)

[Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2021 - Länderkapitel zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in Ungarn](#)

Digitales COVID-Zertifikat der EU: Entscheidung über einjährige Verlängerung

Die Abgeordneten wollen ihren Standpunkt zur Verlängerung der Gültigkeit des digitalen COVID-Zertifikats der EU über Juni 2022 hinaus festlegen.

Das digitale COVID-Zertifikat der EU wurde [im Juni 2021 angenommen](#), um den freien Verkehr in Europa während der Pandemie für einen Zeitraum von 12 Monaten zu erleichtern. Die Regelung läuft am 30. Juni 2022 aus.

Im [Februar hat die Kommission Vorschläge vorgelegt](#), um die Gültigkeit des COVID-Zertifikats um ein weiteres Jahr zu verlängern. Dies würde es den Mitgliedstaaten auch ermöglichen, Testzertifikate auf der Grundlage neuer Arten von Antigentests zu erteilen. Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten des Europäischen Parlaments hat am 28. April seinen Standpunkt angenommen und fordert eine Überprüfung des Systems in sechs Monaten. Die Abgeordneten betonen außerdem, dass die Freizügigkeit von Inhabern eines digitalen COVID-Zertifikats in der EU nur dann eingeschränkt werden sollte, wenn dies absolut notwendig ist.

Die Entscheidung über die Aufnahme von Verhandlungen mit dem Rat wird bei der Eröffnung der Plenartagung bekannt gegeben. Sollten die Abgeordneten Einwände erheben, wird der Beschluss am Donnerstag, den 5. Mai, zur Abstimmung gestellt.

Verfahren: Ordentliches Gesetzgebungsverfahren (COD)

Weitere Informationen

[Profil des Berichterstatters Juan Fernando López Aguilar \(S&D, ES\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten \(EU-Bürger\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten \(Drittstaatsangehörige\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen - „Extension of the EU Digital Covid Certificate“ \(auf Englisch\)](#)

Fragestunde mit der EU-Kommission

Debatte am Dienstag ab 15:00 Uhr mit der EU-Kommission zur Energieautonomie der EU und zur strategischen Bedeutung von erneuerbaren Energien, Energieverbundnetzen und Effizienz.

Die ersten beiden parlamentarischen Fragestunden fanden am 5. April mit [Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen](#) und dem EU-Außenbeauftragten Josep Borrell statt.

Fragestunde

Die Debatte wird in Form einer Frage- und Antwortrunde stattfinden, um die Diskussion ansprechender zu gestalten. Diese und andere neue Funktionen werden während der Plenartagungen im April, Mai und Juni 2022 getestet und anschließend von der Konferenz der Präsidenten des Parlaments bewertet.

Diese „Fragestunde“ gibt den Abgeordneten die Möglichkeit, die Kommission zu bestimmten aktuellen Themen zu befragen, die von der Konferenz der Präsidenten beschlossen und dem EU-Außenbeauftragten und der Kommission mitgeteilt werden. Jeder Abgeordnete hat eine Minute Zeit, um seine Frage zu stellen, gefolgt von einer Antwort von bis zu zwei Minuten und einer möglichen Anschlussfrage, nicht länger als 30 Sekunden, und einer zweiten Antwort des Kommissionsmitglieds von bis zu zwei Minuten.

Fragestunde: Dienstag, 3. Mai

Verfahren: Fragestunde Europäische Kommission

Parlament will Russland zur Rückgabe gestohlener Flugzeuge auffordern

Das Parlament will sich mit den Folgen des Kriegs in der Ukraine für den EU-Verkehrssektor befassen, Russland auffordern, gestohlene Flugzeuge zurückzugeben und weitere Sanktionen fordern.

Die Abgeordneten sind besorgt über die schwerwiegenden Auswirkungen des Krieges auf den Luftfahrtsektor. Sie bedauern, dass Russland unter eindeutigem Verstoß gegen die internationalen Regeln der Zivilluftfahrt eine Neueintragung von Flugzeugen, die von ausländischen Unternehmen geleast wurden, in das russische Flugzeugregister erzwungen hat. „Ein solcher Diebstahl kann nicht toleriert werden“, erklären die Abgeordneten und fordern die sofortige Rückgabe dieser Flugzeuge an ihre rechtmäßigen Eigentümer.

Der Entschließungsentwurf, der von den Mitgliedern des EP-Verkehrsausschusses am 28. April angenommen wurde und am Dienstag im Plenum zur Debatte und am Mittwoch zur Abstimmung steht, fordert die EU außerdem auf, die Sanktionen gegen den russischen Seeverkehrssektor weiter zu verschärfen und Schiffen, die während ihrer Reise in Russland angedockt haben, die Einfahrt in EU-Häfen zu verweigern. Darüber hinaus soll es allen Schiffen, die einen EU-Hafen anlaufen wollen, verboten werden, in russischen Häfen aufzutanken, heißt es in dem Text weiter.

Aussprache: Dienstag, 3. Mai

Abstimmung: Mittwoch, 4. Mai

Verfahren: Erklärungen des Rates und der Kommission mit anschließender Debatte und Resolution

Weitere Informationen

[Pressemitteilung nach der Abstimmung im Ausschuss \(28.04.2022, auf Englisch\)](#)

[Wie die EU die Ukraine unterstützt](#)

[Kostenloses Foto-, Video- und Audiomaterial im Multimedia-Center des Parlaments](#)

Abstimmung über Position zu neuen Handelsschutzinstrumenten

Das Parlament will seine Verhandlungsposition zu neuen Maßnahmen zur Bekämpfung marktverzerrender ausländischer Subventionen für in der EU tätige Unternehmen festlegen.

Das neue handelspolitische Schutzinstrument erteilt der EU-Kommission die Befugnis, Subventionen zu prüfen und zu bekämpfen, die Unternehmen gewährt werden, die Firmen in der EU erwerben oder an einem öffentlichen Ausschreibungsverfahren in der EU teilnehmen wollen. Derzeit gibt es keine Regelung für die von Nicht-EU-Ländern gewährte Unterstützung, während die EU-Länder an strenge Vorschriften für staatliche Beihilfen gebunden sind. Das neue Instrument soll den fairen Wettbewerb auf dem Binnenmarkt wiederherstellen.

Das Parlament wird über die [Vorlage des Handelsausschusses](#) debattieren und abstimmen, der den [Vorschlag der Kommission](#) wirksamer gestaltet und die Rechtssicherheit im Zusammenhang mit dem Instrument verbessert hat. Der im Plenum angenommene Text wird dem Verhandlungsteam des Parlaments als Mandat für die bevorstehenden Gespräche mit den Mitgliedstaaten über die endgültige Form der Verordnung dienen.

Aussprache: Mittwoch, 4. Mai

Abstimmung: Donnerstag, 5. Mai

Verfahren: Ordentliches Gesetzgebungsverfahren

Weitere Informationen

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Berichtersteller Christophe Hansen \(EVP, LU\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen - „Distortive foreign subsidies regulation: A level playing-field for the single market“ \(auf Englisch\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen: „Foreign subsidies and public procurement“ \(31.09.2021, auf Englisch\)](#)

[Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

Kreislaufwirtschaft: Parlament will schädliche Chemikalien im Abfall reduzieren

Debatte und Abstimmung über neue Regeln zur Verringerung der Menge an persistenten organischen Schadstoffen in der Recyclingkette, um eine giffreie Kreislaufwirtschaft zu schaffen.

Mit der Verordnung wollen die Abgeordneten die Grenzwerte für die Menge an persistenten organischen Schadstoffen („POP“, *persistent organic pollutants*) senken, um die menschliche Gesundheit zu verbessern und eine giffreie Umwelt zu schaffen. Darüber hinaus wollen sie Materialien mit hohen POP-Werten aus der Recyclingkette entfernen.

Die neue Verordnung, die von der Kommission am 28. Oktober 2021 vorgelegt wurde, wird das EU-Recht auch an die Verpflichtungen des [Stockholmer Übereinkommens](#) sowie an das Ziel der EU, eine grüne Kreislaufwirtschaft zu erreichen, anpassen.

Debatte: Montag, 2. Mai

Abstimmung: Dienstag, 3. Mai

Verfahren: Ordentliches Gesetzgebungsverfahren

Weitere Informationen

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(31.03.2022\)](#)

[Berichterstatters Martin Hójsik \(Renew, SK\)](#)

[Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

[EP-Hintergrundinformationen - "Amending Annexes IV and V to the EU Regulation on Persistent Organic Pollutants"](#)

Weitere Tagesordnungspunkte

Weitere Themen auf der Tagesordnung

- EU-Haushalt: Entlastung 2020 (53 Berichte) - mehr Infos hier (Entlastung EU-Kommission), hier und hier
- Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine auf Frauen (Anfrage zur mündlichen Beantwortung mit Aussprache und Entschließung)
- Fähigkeiten der EU im Bereich der Cyberabwehr
- Das Mandat von Europol stärken: Zusammenarbeit mit privaten Parteien, Verarbeitung personenbezogener Daten und Unterstützung bei Forschung und Innovation - Bericht: Javier Zarzalejos
- Vorgeschlagene Ernennungen von Mitgliedern des Rechnungshofs – Lefteris Christoforou und George Marius Hyzler - Berichte: Luke Ming Flanagan und Angelika Winzig
- Beziehungen EU-Moldau
- Bedrohungen für Stabilität, Sicherheit und Demokratie in Westafrika und im Sahel

(Zusätzliche Infos zu obenstehenden Themen auf Englisch hier)

- Die Rolle der Fischerei und der Aquakultur für eine nachhaltige blaue Wirtschaft in der EU - Bericht: Isabel Carvalhais
- EU-Aktionsplan für biologische Landwirtschaft - Bericht: Simone Schmiedtbauer
- Verfolgung von Minderheiten aus Gründen der Weltanschauung oder Religion - Bericht: Karol Karski
- Eine Strategie der EU zur Förderung der Bildung von Kindern auf der ganzen Welt - Bericht: David Lega
- Förderung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit von Frauen durch Unternehmertum und Selbstständigkeit - Bericht: Pernille Weiss
- Gemeinsames Mehrwertsteuersystem - Bericht: Markus Ferber
- Wettbewerbspolitik – Jahresbericht 2021 - Bericht: Andreas Schwab